

Korrigierter Faktencheck: Finanzierung der Friedrich-Schiller-Universität Jena

#Kommentar: Zusammenfassung des TMBWK Schreibens

Es ist begrüßenswert, dass sich das Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (TMBWK) an einer inhaltlichen Klarstellung der Sachlage zu den Stellenstreichungen an den Hochschulen Thüringens versucht hat. Die erfolgte mit Hilfe eines Informationsschreibens mit dem Titel: *Faktencheck: Finanzierung der Friedrich-Schiller-Universität Jena*. Leider sahen wir (wer?) uns gezwungen zu dieser Version eine Korrektur als Antwort zu entwerfen, da sie in der Art und Weise der Datenpräsentation, -referenzierung und -interpretation akademischen Ansprüchen nicht gerecht wird.

Das TMBWK-Flugblatt beginnt mit einer Aussage, die auch von Kultusminister Christoph Matschie derzeit in den Medien wahrnehmbar ist: Trotz sinkendem Landeshaushalt in Thüringen steigen die finanziellen Zuwendung an die Hochschulen. Eine nicht-maßstabsgetreue Grafik dient der Untermauerung. Vom TMBWK werden von den Hochschulen sogenannte Struktur- und Entwicklungspläne (kurz: StEP) gefordert werden, um sich eine weitere Förderung zu sichern.

Zum Abschluss des Infobriefes verweist das TMBWK ein erneutes Mal auf Gelder, über die es nicht vollständig verfügt. So werden neben den HSP2020 Mitteln, ein neuer Campus auf dem Inselplatz in Aussicht gestellt, dessen Bauzuschüsse nur zur Hälfte vom Land getragen werden [Ref. ?].

Kommentar: Aussage 1: Die unfähige Haushaltsführung der CDU zwingt den Hochschulen effektive Einsparungen auf.

Diese Grafik ist in Abb. 1 (links) nochmals maßstabsgetreu dargestellt. Weiterhin erkennbar ist der Rückgang des Landeshaushaltes um 4,3% von 9,3 Mrd.€ auf 8,9 Mrd.€ innerhalb des aktuellen Regierungszeitraumes 2009-2014. Der CDU ist es unter Leitung von Finanzminister Voß in dieser Amtsperiode zum wiederholten Male nicht gelungen, den Haushalt Thüringens zu konsolidieren. Unter diesem Gesichtspunkt von den Hochschulen einen als Profilierung getarnten, effizienten Haushaltsplan einzufordern, ist der Studierendenschaft, den Lehrenden und dem Personal nur schwerlich vermittelbar.

Der Anteil der Zuschüsse für die Hochschulen an dem Landeshaushalt steigt von 3,8% (2009) auf 4,3% (2014). Dieser vermeintlich positive Trend ernüchtert sich jedoch bei Betrachtung der jährlichen Wachstumsraten der den Hochschulen zur Verfügung stehenden Finanzmittel. Abb. 1 (rechts) macht deutlich ersichtlich, dass die Steigerungen der Finanzausschüsse aktuell von der Inflation zunichte gemacht werden. Hinzu kommen steigende Strom-, Wasser- und Heizpreise sowie Lohnkostenausgleiche. Als Folge müssen die Hochschulen einsparen aufgrund nicht-bedarfsgerechter Landeszuweisungen. Man kann folglich durchaus von Kürzungen sprechen.

Ferner hin ist zu kritisieren, dass diese Einsparungen von den Landesministerien als Strukturentwicklung verkauft werden. Diese sind in keinster Weise zweckdienlich. Gesunde Strukturbildungsmaßnahmen benötigen oft mehr Investitionen als weniger. Das wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung erkannt und zu diesem Zweck wurde der Hochschulpakt 2020 ins Leben gerufen (siehe Wortlaut weiter unten). Für die Steigerung der Attraktivität einschließlich der interna-

tionalen Außenwirkung; für die Einsparung unnützer Studiengänge oder gar ganzer Institute wird kein Druck seitens des Landes benötigt, weil dies in jedem Fall im Interesse einer Universität im internationalen Wettbewerb selbst liegt.

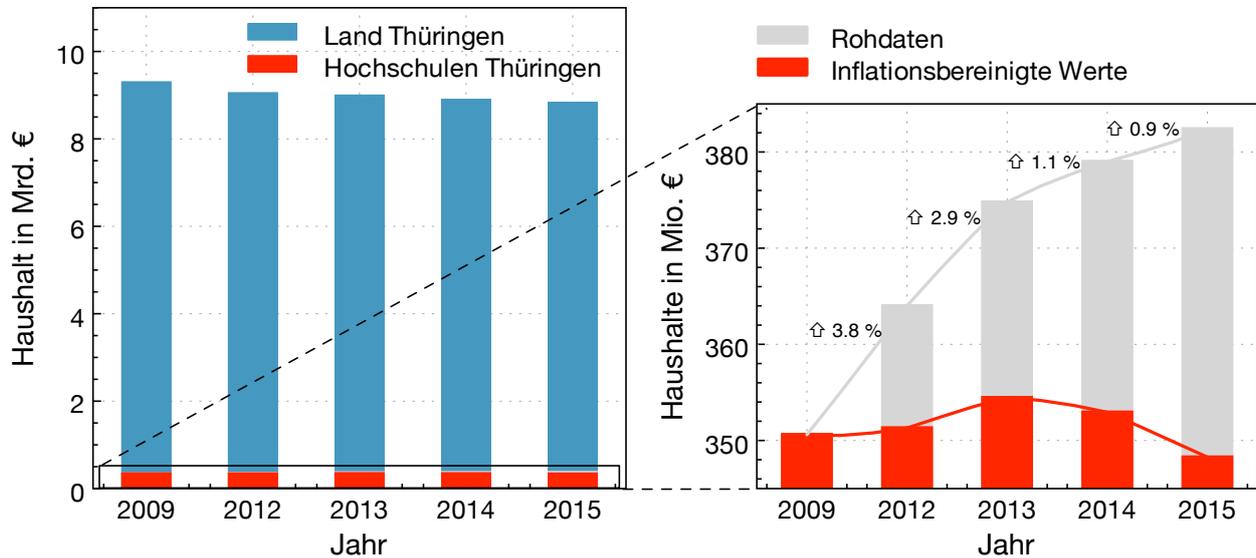


Abbildung 1: Links: Gegenüberstellung der Entwicklung des gesamten Landeshaushaltes und der Landesausgaben für die Thüringer Hochschulen. Im Mittel beträgt die Belastung des Landes durch die Hochschulen ca. 4%. Rechts: Landesausgaben an die Thüringer Hochschulen vergrößert dargestellt. Die Zuschüsse wurden zudem inflationsbereinigt (Inflationsschätzungen von [de.inflation.eu]). ein klarer Abwärtstrend ist ersichtlich.

Kommentar: Aussage 2: Finanzmittelzusagen aus den Ziel- und Leistungsvereinbarungen, sowie den Rahmenvereinbarungen decken sich nicht mit den realisierten Zahlen aus den Haushalten.

Abb. 2 stellt die aus den Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit der FSU getroffenen Finanzierungszusagen (schwarz) mit den tatsächlich in dem Landeshaushalt auffindbaren Zahlen gegenüber (blau, rot). Eine unerklärliche, deutliche Diskrepanz zwischen den vereinbarten und den tatsächlichen Zahlen ist erkennbar.

Kommentar: Aussage 3: Die Jahre 2011 und 2012 weisen deutliche Einschnitte in den Hochschulzuweisungen auf. Die HSP2020 Mittel wurden zweckentfremdet zur Pufferung eigener Haushaltslöcher und nicht, wie vorgesehen, zur Schaffung neuer Stellen an den Hochschulen genutzt.

Wortlaut aus Art. 4 des Hochschulpakt 2020: *Bei der Verwendung der Fördermittel setzen die Länder **Schwerpunkte in der Schaffung zusätzlicher Stellen an den Hochschulen** und nutzen den zusätzlichen Ausbau der Hochschulen dazu, den Anteil der Studienanfängerplätze an Fachhochschulen zu erhöhen sowie den Anteil von Frauen bei der Besetzung von Professuren und sonstigen Stellen auszubauen.*

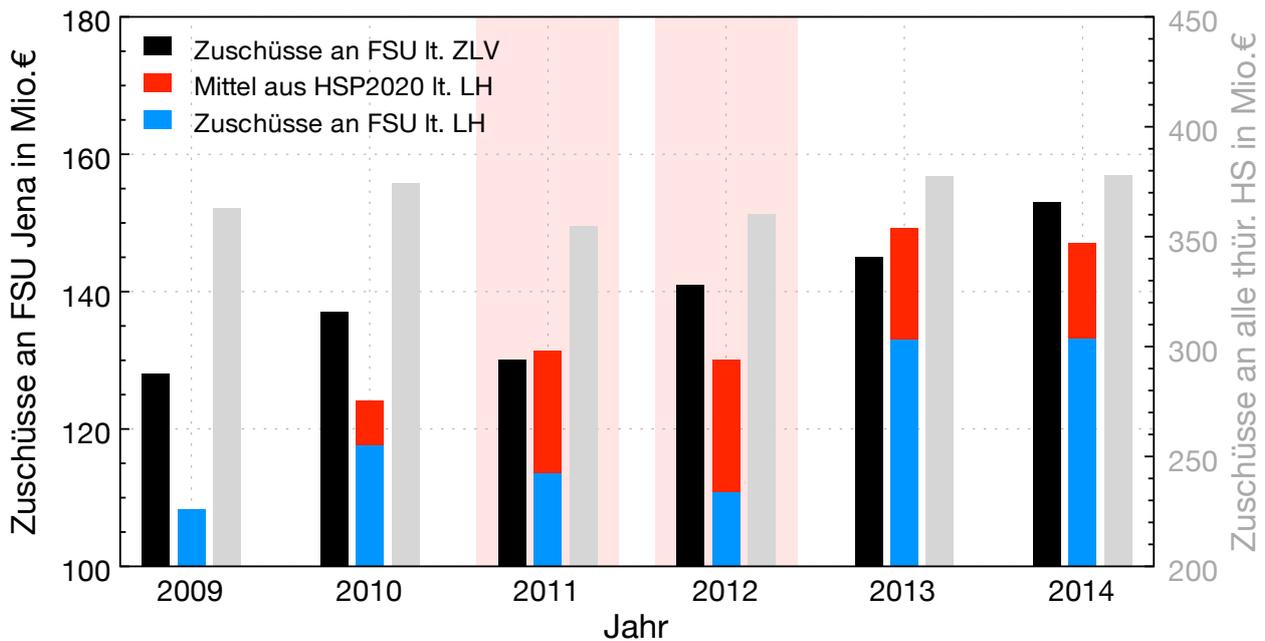


Abbildung 2: Gegenüberstellung der in der Ziel- und Leistungsvereinbarung zugesagten Mittel für die FSU (schwarz) mit den tatsächlichen Zahlen des Landeshaushaltes (rot: mit HSP2020 nach LH TWB Kap. 04 69, Punkt 682 04; blau: ohne HSP2020 nach LH TWB Kap. 04 69, Punkt 682 11). Die Werte aus Vereinbarung und Haushaltsangaben weichen in unkorrelierter Weise voneinander ab. Es sind deutliche Einschnitte in den Thüringer (grau nach LH TWB Kap. 04 69) und, im Speziellen, Jenaer Hochschulmitteln im Jahre 2011 und 2012 erkennbar.

Kommentar: Es folgt, etwas polemische Prosa (streichen oder verarbeiten?):

Nur ein Ministerium ist wohl in der Lage in Einschränkungen des Studienangebots eine höhere Attraktivität für potentielle Studenten zu erkennen. (Auch einen Ausbau in Bereichen zu erwarten, indem Umstrukturiert werden muss, ist als blauäugig anzusehen.) Die Profilbildung ist vor allem eines - marktfähig. Zudem passt es in die seit Jahren andauernde Kommerzialisierung des Bildungssystems, für die man schon mit der Einführung des Bachelor/Master-Systems einen verheerenden ersten Schritt gemacht hat. Dabei sollte doch in Deutschland, und vor allem in Thüringen - im Land der Dichter und Denker - wo Bildung die einzige Ressource ist, ein entgegengesetzter Weg eingeschlagen werden. Stattdessen werden Potentiale eingeschnürt.